



Aktuelles aus Brüssel und Straßburg

INHALT

Europäische Räte

Unternehmensverantwortung: Verordnung zu jährlicher Berichterstattung angenommen.....2

Europäisches Parlament

Anhörung der designierten Kommissare.....2

Europäische Kommission

Staatliche Beihilfe: Flughafen Zweibrücken erhielt unrechtmäßige Beihilfe.....3

Staatliche Beihilfe: Investitionsbeihilfe für Propapier zum Bau eines Papierwerks in Eisenhüttenstadt zulässig.....4

Staatliche Beihilfe: Nürburgring-Beihilfen sind unvereinbar mit dem Binnenmarkt (SA. 31550)4

Bildung: beginnender Aufwärtstrend bei den Lehrergehältern in der EU4

Termine.....5

EUROPÄISCHE RÄTE

Unternehmensverantwortung: Verordnung zu jährlicher Berichterstattung angenommen

Der EU-Ministerrat nahm am 29.09.14 neue Regeln zur Transparenz von Sozialverantwortung (CSR) an. Die Regelung sieht vor, dass Unternehmen ab einer Größe von 500 Beschäftigten einen jährlichen Bericht zu Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungsfragen veröffentlichen sollen. Dazu gehören auch Angaben zu Menschenrechtsfragen, Korruption und Bestechung. Der Bericht soll darlegen, wie die Risiken zu diesen Fragen einzuschätzen sind und wie die Unternehmenspolitik beschaffen ist. Betroffen sind Unternehmen von öffentlichem Interesse, wie zum Beispiel Banken, Versicherungen, und andere große Unternehmen. Kleine und Mittelständige Unternehmen sind von der Regelung ausgenommen. Die EU-Kommission soll noch bis 2018 einen Bericht vorlegen, um zu untersuchen, ob die berichtspflichtigen Unternehmen auch jährliche länderbezogene Rechenschaftsberichte für Geschäftstätigkeiten in europäischen und außereuropäischen Ländern erstellen sollen.

Die verabschiedete Regelung unterliegt einer Übergangsregelung zur Umwandlung in nationales Recht bis 2017.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Anhörung der designierten Kommissare

Von Montag, dem 29.09., bis Donnerstag, dem 02.10.14, fand der erste Teil der Anhörungen der designierten Kommissare des Juncker- Kollegiums statt. Die Anhörungen werden in der darauffolgenden Woche fortgeführt.

Letztlich als unumstritten gilt die designierte Kommissarin für **Handel**, Cecilia **Malmström** (Schweden): Malmström bestätigte im Wesentlichen die aktuelle handelspolitische Ausrichtung der EU-Kommission. Das Handelsabkommen mit den USA (TTIP) habe ein großes Potential für Wachstum und Beschäftigung. Sie wolle die Transparenz der Verhandlungen erhöhen, indem alle Abgeordneten die Möglichkeit bekommen, die entsprechenden Dokumente unter der Zusicherung der Geheimhaltung einsehen zu können. Die Frage von Einführung von Investor-Staats-Schiedsgerichten (ISDS) werde noch bearbeitet. Momentan sei die EU-Kommission damit beschäftigt, den Geltungsbereich der ISDS zu begrenzen und die Transparenz der Schiedsgerichte zu erhöhen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es zu früh, darüber zu spekulieren, ob TTIP die Möglichkeit von Schiedsgerichten enthalte. Malmström tendiere jedoch zur Einbeziehung von ISDS. Karmenu **Vella** (Malta), designierter Kommissar für **Umwelt/ Fischerei**: Vella betonte, dass Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung eines der Leitziele der EU-Kommission sein müssten. Dabei solle der Schwerpunkt auf Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und kohlenstoffarmer Wirtschaft liegen. Vella machte deutlich, dass auch soziale Fragen der Arbeitsbedingungen eine Rolle für die Umsetzung von nachhaltigen und umweltgerechten Regelungen spielen. Carlos **Moedas** (Portugal), der als künftiger Kommissar für **Forschung, Wissenschaft und Innovation** auftrat, unterstützte die Forderung des EU-Parlaments nach Erhöhung des Budgets für das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020. Die Kluft zwischen Forschung und Markt solle überwunden werden. Dabei setzt Moedas in seinem Arbeitsprogramm auf verstärkte Nutzung von Public-Private-Partnerships. Leitziele seien Ressourceneffizienz und die Reduktion des CO₂-Ausstosses. Die Nutzung erneuerbare Energien sei in diesem Zusammenhang wichtig. Günther **Öttinger** (Deutschland) für **Digitale Agenda**: Der designierte Kommissar für die digitale Agenda konnte die befragenden Ausschüsse soweit von seiner Person überzeugen. Er gehört nicht zu den sogenannten Wackelkandidaten. Als EU-Kommissar beabsichtige er die Einheit des digitalen Marktes in Europa voranzutreiben. Wiederholt betonte er die Wichtigkeit von Infrastruktur, die teils aus öffentlichen Mitteln finanziert werden müsse. Die Reform des Urheberrechts gehöre zu den vorrangigen Aufgaben seiner Amtszeit. Er unterstützte die Position einer EU-einheitlichen Datenschutzverordnung, um entsprechend stark gegenüber Drittstaaten aufzutreten. Marianne **Thyssen** (Belgien) für **Beschäftigung, Soziales, Befähigung und**

Arbeitskräftemobilität: Die frühere EP-Abgeordnete (EVP) Marianne Thyssen bekannte sich einer Sozialen Marktwirtschaft und betonte die große Bedeutung der Sozialpartnerschaft. Sie sagte, dass Beschäftigungs- und Sozialpolitik noch viel mehr im Europäischen Semester sichtbar werden müssen. Die sozialen Indikatoren müssten eine größere Rolle in den länderspezifischen Empfehlungen spielen. Das EU-Parlament solle dabei auch eine wichtigere Bedeutung bekommen. Schon vor dem jährlichen Wachstumsbericht müssten die Ansichten des EU-Parlaments gehört werden. Zur Frage von ungleicher Bezahlung von Männern und Frauen sieht sie ein Problem in der mangelnden Durchsetzung von bestehenden Regelungen. Eine davon sei Transparenz bei der Entlohnung. Die Jugendbeschäftigungsinitiative gehört für sie auch zu den Top-Prioritäten. Sie betonte, dass die Mitgliedsstaaten allerdings auch Hilfe in der Umsetzung benötigen. Bei der Entsenderichtlinie wich sie allerdings konkreten Fragen aus und zog sich auf die Aussagen von Juncker zurück, dass man gegebenenfalls eine gezielte Änderung der Entsenderichtlinie ins Auge fassen müsse. Elzbieta **Bienkowska (Binnenmarkt, Industrie, KMU)** konnte glaubwürdig darstellen, dass sie sich für die Marktkonsolidierung, die Reindustrialisierung Europas, den Schutz von KMU, sowie die Verteidigung europäischer Interessen gegenüber Drittländern einsetzen wolle. Sie sehe keinen Widerspruch zwischen hohen europäischen Standards für Soziales und Umweltschutz zu der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Zwar blieb sie ein wenig vage in ihren Antworten zu sozialen Aspekten, Bienkowska wird jedoch die Unterstützung der S&D Fraktion erhalten.

Für fünf der designierten Kommissare muss sich noch entscheiden, ob sie die Juncker-Kommission zum Fall bringen: Der Brite Jonathan **Hill (Finanzdienstleistungen)**, die Tschechin Vera **Jourova (Justiz, Verbraucherschutz und Gleichberechtigung)**, der Ungar Tibor **Navracsics (Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft)**, der Franzose Pierre **Moscovici (Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern + Zoll)** und der Spanier Arias **Canete (Klimapolitik/Energie)** wurden von den zuständigen Ausschüssen nicht bestätigt. Stark umstritten ist insbesondere Hills Bewerbung als Kommissar für Finanzdienstleistungen als ehemaligen Bürgermeister Londons und der Verflechtung in den Finanzsektor. De Masi (GUE/NGL) sagte, „Die Ernennung Hills ist ein Offenbarungseid gegenüber der Finanzmafia“. De Masi weiter: "Hills schriftliche Antworten an den Ausschuss zeigen, dass er mit der Bankenregulierung fertig ist. Er lastet die schwache Kreditvergabe an die reale Wirtschaft in der Euro Zone der bescheidenen Finanzmarktregulierung an. Damit fehlt ihm entweder die Integrität und Unabhängigkeit für seine Aufgabe oder jedes tiefere Verständnis der Geldwirtschaft“. Canete als designierter Kommissar für Klimapolitik und Energie wird eine Nähe zur Ölindustrie unterstellt. Außerdem werden ihm sexistische Ausfälle vorgehalten. Die Abgeordneten störten sich zudem daran, dass der Ungar Navracsics künftig für Kultur und Bürgerschaft zuständig sein soll. In Ungarn war er als Politiker maßgeblich an den umstrittenen Verfassungsänderungen zur Beschneidung der Pressefreiheit beteiligt. Moscovici wird vorgeworfen, dass er in seinem früheren Job als Finanzminister die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht erfüllen konnte. Insbesondere konservative Abgeordnete meinen, dass ihn das als zukünftigen Kommissar für Wirtschaft und Finanzen disqualifiziere. Jourova wurde aufgrund ihrer schwachen Vorstellung um die Beantwortung weiterer Fragen gebeten.

Wie es aussieht, werden die Wackelkandidaten vom EU-Parlament die Möglichkeit bekommen, schriftlich zusätzliche Erklärungen nachzureichen. Nur der Kandidat Hill soll sich ein zweites Mal den Fragen der EU-Delegierten stellen. Bis Ende Oktober wird das EU-Parlament über die neue Kommission in ihrer Gesamtheit abstimmen.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Staatliche Beihilfe: Flughafen Zweibrücken erhielt unrechtmäßige Beihilfe

In einer umfassenden Untersuchung vom 01.10.14 zu verschiedenen Flughäfen in mehreren Mitgliedsstaaten, kam die EU-Kommission bei dem saarländischen Flughafen Zweibrücken zu dem Schluss, dass hier zu Unrecht staatliche Beihilfen gezahlt wurden. Nach EU-Recht sei eine öffentliche Förderung von Flughäfen nur in begründeten Fällen

zulässig, sagte Wettbewerbskommissar Almunia. Voraussetzung sei, dass die Zuwendungen die regionale Anbindung verbessern und einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Region leisten. Hier handele es sich jedoch um die Förderung mehrerer unrentabler Flughäfen des gleichen Einzugsgebiets oder die ungerechtfertigt Begünstigung einzelner Fluggesellschaften eine Verschwendung von Steuergeldern. Im Fall des Flughafens Zweibrücken stellte die EU-Kommission fest, dass die Investitions- und Betriebsbeihilfen, die seit dem Jahr 2000 an den Flughafen flossen, nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Durch die Nähe zum mittlerweile auch nicht mehr voll ausgelasteten Flughafen Saarbrücken sei es nicht mehr vertretbar, so zeigte die Untersuchung, staatliche Beihilfe zu gewähren. Der Flughafen Zweibrücken muss die unzulässigen Beihilfen daher zurückzahlen. Ebenso stellte die EU-Kommission fest, dass bestimmte Vereinbarungen, die von den Managern der Flughäfen Zweibrücken mit den Fluggesellschaften TUIFly, Germanwings und Ryanair getroffen wurden, zu ungerechtfertigten Vorteilen der beteiligten Fluggesellschaften geführt habe.

Einzelheiten: Beihilfesache SA.27339 (Zweibrücken)

Staatliche Beihilfe: Investitionsbeihilfe für Propapier zum Bau eines Papierwerks in Eisenhüttenstadt zulässig

In einem Bericht vom 01.10.14 zur staatlichen Investitionsbeihilfe für den Bau eines Papierwerks im brandenburgischen Eisenhüttenstadt stellt die EU-Kommission fest, dass die positiven Auswirkungen der Beihilfe auf die regionale Entwicklung die negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb überwiegen. Damit antwortete die EU-Kommission auf ein Urteil des EuGH (T-304/08), der auf Klage eines wirtschaftlichen Konkurrenten von Propapier, die Beihilfen für nichtig erklärte, weil nicht ausreichend eine Abwägung der Vor- und Nachteile von staatlicher Beihilfe stattgefunden habe. Eine öffentlich finanzierte Abwasserbehandlungsanlage mit Nähe zum Papierwerk wurde als allgemeine Infrastrukturmaßnahme bewertet, und liefere den EU-Beihilferegeln nicht zuwider.

Weitere Details: Beihilferegister GD Wettbewerb SA.23827

Staatliche Beihilfe: Nürburgring-Beihilfen sind unvereinbar mit dem Binnenmarkt (SA. 31550)

Am 01.10.14 teilte die EU-Kommission mit, dass die Prüfungen der öffentlichen Förderung für die Rennstrecke, den Freizeitpark und die Hotels am Nürburgring nicht mit den EU-Beihilferechtsvorschriften vereinbar waren und den Betreibern einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil verschafft haben. Alle begünstigten Unternehmen befinden sich nun in einem Insolvenzverfahren. Die Veräußerung geschah in einem offenen und transparenten Bieterverfahren zum Marktwert. Daher haftet der Erwerber nicht für die Rückzahlung der unvereinbaren Beihilfen.

Bildung: beginnender Aufwärtstrend bei den Lehrergehältern in der EU

Der im Auftrag von der EU-Kommission erstellte Eurydice-Bericht vom 03.10.14 zu den Lehrergehältern im Zeitraum 2013/14 zeigt einen langsamen Aufwärtstrend für die Gehälter von Lehrern in Europa. Grund für die positive Entwicklung waren vor allem Gehaltsreformen und Anpassungen an die Lebenshaltungskosten. Die Erhebung erfasst Lehrkräfte und Schulleiter an Vorschulen, Primarschulen und Sekundarschulen. In etwa der Hälfte der 33 europäischen Länder, die in dem Bericht betrachtet werden, liegt die Kaufkraft der Lehrer im Jahr 2014 jedoch immer noch unter dem Niveau von 2009. In etwa drei Vierteln der Länder liegen die Grundgehälter für die Lehrkräfte unter dem BIP pro Kopf. Deutschland ist davon nicht betroffen.

Das Eurydice-Netz der EU-Kommission erstellt und veröffentlicht Informationen und Analysen zu europäischen Bildungssystemen und -strategien. Es besteht aus 40 nationalen Stellen in 36 Ländern, die am EU-Programm Erasmus+ teilnehmen.

Termine

EU-Rat:

08.10. Treffen der Minister für Transport, Telekommunikation und Energie in Luxemburg

EU-Parlament:

Anhörung der designierten EU-Kommissare vor

Parlamentsausschüssen:

06.10.

14.30-17.30h Valdis Dombrovskis (Lettland) Euro und Sozialer Dialog und Alenka Bratusek (Slovenien) Energieunion

07.10.

18.30-21.30h Andrus Ansip (Estland) Digitaler Binnenmarkt

09.00-12.00h Jyrki Katainen (Finnland) Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit und Frans Timmermans (Niederlande) erster Vizepräsident, Bürokratieabbau, Rechtsstaatlichkeit, EU-Grundrechtecharta-

08.-09.10.

EP-Miniplenum Straßburg

FÜR RÜCKFRAGEN STEHEN WIR IHNEN GERN ZUR VERFÜGUNG

Stefan Gran

Ina Hinzer

Silke Brehm

Kerstin Warneke (Redaktion)

DGB-Verbindungsstelle Europapolitik

Av. de Tervueren 15 | B-1040 Bruxelles

Tel.: +32 2 548 36 90 | **Fax:** +32 2 548 36 99

E-Mail: bruessel@dgb-europa.eu

Dieser Newsletter soll einen Überblick über wichtige Ereignisse und Entscheidungen der europäischen Institutionen liefern. Er erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Zusammenstellung wird sich auf eigene Aufzeichnungen sowie der Auswertung von Pressemitteilungen und anderen Informationsmedien der betroffenen Institutionen gestützt. Die hier dargestellten Positionen geben nicht zwangsläufig die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes wieder.